

Voltaire

Internationale Neuigkeiten

Nr. 6 - 16. Oktober 2022

Syrien

Unter der Schirmherrschaft Russlands führen der syrische Präsident Baschar al-Assad und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdoğan Verhandlungen mittels ihrer Geheimdienste. Ankara hat Berichten zufolge die Entscheidung getroffen, Syriens pro-westliche Opposition und dschihadistische Gruppen fallen zu lassen. Ein Grenzübergang wurde wieder geöffnet, wobei ein syrisches Büro mit der Überprüfung der Einreise und der Gewährung von Amnestie für alle Aufständischen beauftragt wurde.

Der ehemalige Chef der Al-Nusra-Front (der syrische Zweig von Al-Kaida), Abu Mohammad al-Julani, und jetzt Führer von Hayat Tahrir al-Sham, bekannt als "Hetech" (heimlich von Katar finanziert), präsentiert sich jetzt als "moderat". Nachdem er die Eröffnung einer armenisch-orthodoxen Kirche im Gouvernement Idlib genehmigt hatte, genehmigte er die Ausübung des drusischen Kultus. Russland wäre bereit, dabei zu helfen, die verbleibenden Islamisten in Idlib zu eliminieren.

In der arabischen Welt werden Stimmen laut, die die Vereinigten Staaten auffordern, ihre Sanktionen gegen Syrien aufzuheben. Tatsächlich kommen sie ausschließlich dem Iran zugute, dem einzigen Staat, der in der Lage ist, sie zu umgehen. In der Praxis ist es Washington, das Damaskus dazu drängt, alles von Teheran zu akzeptieren.

Israel bombardierte die Start- und Landebahnen des Flughafens von Aleppo zweimal in einer Woche, um sie unpassierbar zu machen. Laut der israelischen Presse würde der Flughafen für die Lieferung iranischer Waffen genutzt, die dann für die Hisbollah in den Libanon transportiert würden.

Der syrische Geheimdienst hat auf der Suche nach israelischen Kollaborateuren Dutzende von Offizieren festgenommen. Letztendlich sollen 27 wegen Spionage festgenommen worden sein. Präsident al-Assad soll den Iran gebeten haben, von seinem Land aus keine weiteren Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen, ein Zeichen dafür, dass auch Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten stattfinden.

USA

Die Kontroverse um die Präsidentschaftswahl 2020 geht weiter. Die Florida First Freedom Alliance (F3A) hat gezeigt, dass Adressen von Wählern in Florida auf den Wählerlisten ohne deren Zustimmung geändert wurden. Briefwahlzettel konnten ihnen nicht zugestellt werden, aber die Aufzeichnungen belegten, dass sie gewählt hatten. F3A hat mit Sicherheit mindestens 1100 Fälle festgestellt. Die Lake County Election Integrity and Voter Protection Coalition (LCEIVPC) stellte fest, dass in einem Bezirk (von den 27 des Staates) die Anzahl der falsch eingegebenen und daher nicht zustellbaren Adressen mehr als 30.000 betrug.

Während Joe Bidens Wahlrede, in der er Trump-Anhänger mit Faschisten gleichsetzte, standen zwei Marines hinter ihm und erweckten den Eindruck, dass er als Präsident und Chef des Militärs sprach. Die ehemaligen Verteidigungsminister Mark Esper, Ashton Baldwin Carter, William Sebastian Cohen, Robert Gates, Charles Timothy Hagel, Jim Mattis, Leon Panetta und William Perry sowie die ehemaligen Vorsitzenden des Chiefs of Staff Committee, Martin Edward Dempsey, Joseph Francis Dunford Jr., Michael Glenn Mullen, Richard Bowman Myers und Peter Pace, haben einen Brief veröffentlicht, in dem sie vor der Politisierung des Militärs in einer Zeit warnen, in der das Land extrem gespalten ist.

Laut einer Umfrage von Rasmussen Reports sind 62% der US-Wähler davon überzeugt, dass Joe Biden von der Korruption seines Sohnes Hunter und seines Bruders James "profitiert" hat. Nur ein Drittel der Amerikaner hält Präsident Biden für ehrlich.

Ein Bundesrichter wies Donald Trumps Klage gegen Hillary Clinton und ihr Team mit der Begründung ab, dass sie nicht vorschriftsmäßig verfasst worden sei. Der ehemalige Präsident hoffte, die Demokraten wegen der Erfindung und Verwendung des gefälschten Stelle-Berichts verklagen zu können, in dem er fälschlicherweise beschuldigt wurde, ein russischer Agent zu sein. Dieser Schwindel hatte zu einem parlamentarischen Amtsenthebungsverfahren geführt.

Ein Richter ordnete die Offenlegung von E-Mails von Dr. Anthony Fauci (Direktor von NIAD), sowie der Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, und mehrerer anderer Beamten im Zusammenhang mit dem Verbot angeblicher gefälschter Nachrichten zu Covid-19 an. Wir wissen jetzt, dass das FBI Vorschläge dieser Persönlichkeiten umgesetzt hat, um Konten in sozialen Netzwerken zu zensieren.

Nach Angaben der Generalinspektion wird der Betrug mit Arbeitslosenunterstützung auf mehr als 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt.

Die Hilfe für Unternehmen in Zeiten der Epidemie würde nur 1,3 Milliarden Dollar betragen (oder 0,4% der zugewiesenen Mittel). Die Begünstigten sind nicht a priori Einzelpersonen, sondern kriminelle Organisationen, die IP-Adressen mit Sitz in Russland und Iran verwenden.

Es gibt immer mehr Klagen gegen Gesetze und Vorschriften, die darauf abzielen, die Fairness zu stärken. Verschiedene Unternehmen wenden nach und nach positive Diskriminierung auf ihre Kunden und Mitarbeiter an. Eine erste Gruppe ficht diese Bestimmungen im Namen älterer Bestimmungen an, die die Gleichheit garantierten. Kann zum Beispiel eine weiße Frau von den Vorteilen profitieren, die ein Unternehmen schwarzen Subunternehmern gewährt? Eine zweite Gruppe stellt verschiedene Minderheiten einander gegenüber. Es geht darum, zu bestimmen, welche Kämpfe gegen bestimmte Formen der Diskriminierung als Prioritäten gegenüber anderen betrachtet werden sollten. Sollte zum Beispiel die Unterstützung für Behinderte vor oder nach der für Schwarze gestellt werden?

Deutschland

Das Ifo-Institut erwartet für das erste Quartal 2023 eine Inflation von 11% und eine Rezession von 0,4%, zusätzlich zu der Rezession von 0,2% im letzten Quartal 2022. Die deutsche Wirtschaft ist der Motor der Europäischen Union.

Vereinigtes Königreich

Der Tod von Königin Elizabeth führt nicht nur zu tiefen Ausdrücken der Trauer, sondern auch zu anderen Ausdrücken der Freude in Irland. Bei einem Europa-Club-Spiel sangen Anhänger des Dubliner Clubs Shamrock Rovers FC einen Sprechchor "Lizzy in a box". Eine Demonstration fand in Derry (der zweitgrößten Stadt Nordirlands) statt und ein Autokorso in Dublin (Republik Irland).

Der Prinz von Wales wurde als Karl III. zum König ausgerufen. Die britische Presse berichtet

nicht, wie er ein königliches Privileg nutzte und missbrauchte, um das Unterhaus daran zu hindern, Gesetzesvorlagen zu debattieren, die das Einkommen, das er mit seinen Besitzen verdient hatte, verringert hätten. Im Gegenteil, sie strebt danach, das Bild eines Mannes populär zu machen, der sich nicht politisch engagiert.

Schweden

Die PKK/YPG veranstaltete eine Demonstration gegen die Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan. Im vergangenen Juni unterzeichnete Stockholm ein Memorandum mit der Türkei, in dem die PKK/YPG als terroristisch verurteilt und die Auslieferung ihrer Mitglieder angekündigt wurde. Die Türkei stellte fest, dass dieses Abkommen nicht umgesetzt wird, und erneuerte ihren Widerstand gegen den NATO-Beitritt Schwedens.

Ukraine

Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal kündigte an, dass nach dem Krieg die Sicherheit in seinem Land nach israelischem Vorbild gewährleistet werde. Wachen werden vor jedem öffentlichen Gebäude eingerichtet, das viel Publikum empfängt. Die Anwesenheit israelischer Sicherheitsberater veranschaulicht die Annäherung zwischen den beiden Ländern seit dem Rücktritt des israelischen Premierministers Naftali Bennett. Letzterer lehnte jegliche Unterstützung der ukrainischen "integralen Nationalisten" ab, die sich während des Zweiten Weltkriegs zahlreicher Massaker schuldig gemacht hatten. Er hatte Präsident Zelensky eingeladen, die russischen Forderungen zu akzeptieren. Sein Nachfolger, Yair Lapid, ein enger Freund Frankreichs, gab dagegen der NATO und damit der Ukraine seine volle Unterstützung.

Nach Angaben der russischen zivil-militärischen Verwaltung in der Ukraine würden deutsche, amerikanische, französische, polnische und niederländische Kämpfer auf der ukrainischen Seite kämpfen. Sie wären Söldner. Die besonders hohe Zahl der Polen deutet jedoch darauf hin, dass es sich um reguläre Soldaten

handelt, die zur ukrainischen Armee abgeordnet wurden.

Der ukrainische Präsident und sein Verteidigungsminister werden am 21. September an der US-amerikanischen Defense Industry Conference in Video-Duplex teilnehmen.

Voltaire Netzwerkanalysen

- "[Die von den Straussianern in die Knie gezwungene EU](#)", von Thierry Meyssan. Eine fanatische Sekte, die Anhänger von Leo Strauss, haben die Kontrolle über das US-Verteidigungs- und das US-Außenministerium übernommen. Seit 1992 verfolgen sie einen Plan, um die US-Hegemonie über den Rest der Welt aufrechtzuerhalten. Sie machen keinen Hehl aus ihrem Wunsch, die EU zu stürzen, um zu verhindern, dass sie zu einem Rivalen wird.

- [Explosive Situation in Europa](#)", von Manlio Dinucci.

Der Krieg um die Gaspipeline ist derzeit günstig für die Türkei.

Marokko

Marokkos Stabschef, General Belkhir El-Farouk, wird an einem einwöchigen internationalen Militärsymposium in Tel Aviv teilnehmen. Am Rande dieses Treffens werden die israelischen und marokkanischen Behörden den kommenden Krieg in der Sahelzone diskutieren. Marokko sollte den US-Generalstab beherbergen, der die Dschihadisten koordinieren wird.

Algerien

Algerien hat zum achten Mal in Folge den Besuch des UN-Sonderberichterstatters für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit abgesagt. Er sollte zehn Tage lang mit dem Präsidenten der Republik, dem Ministerpräsidenten, den Innen- und Justizministern, den Mitgliedern des Beratenden Rates für Menschenrechte und den

Vorsitzenden zahlreicher Verbände zusammentreffen.

In Erwartung des Gipfeltreffens der Arabischen Liga versucht Algerien erneut, Hamas und Fatah zu versöhnen. Die beiden Fraktionen, von denen eine Gaza und die andere das Westjordanland regiert, führen seit mehr als einem Jahrzehnt einen erbitterten Krieg. Die Hamas, der palästinensische Teil der Muslimbruderschaft, wird von den Angelsachsen instrumentalisiert. Die Fatah dagegen ist direkt mit Israel verbündet. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, der 2005 nach dem Tod von Jassir Arafat gewählt wurde, hat die Wahlen seitdem immer verschoben.

Kuwait

In Erwartung der Parlamentswahlen am 29. September bilden die Islamisten einen politischen Block. In einem Dokument, das sie von ihren Kandidaten unterschreiben lassen, verpflichten sie sich, das Verleumdungsgesetz auf Beleidigungen gegen die Gefährten des Propheten auszudehnen, die koedukative Erziehung abzulehnen, die Kleidungspflicht für Frauen an der Universität zu unterstützen, Glücksspiele und andere heidnische Praktiken zu verbieten usw.

Libanon

Präsident Michel Aoun gab zu, dass die Hisbollah Suleiman Frajeh seinem Schwiegersohn Gibran Bassil als Nachfolger vorzog. Er versucht nun, seine Amtszeit mit einem guten Ergebnis zu beenden und den Grenzkonflikt mit Israel zu lösen.

Israel

Eine Delegation des US-Parlaments, die am 5. September mit Oppositionsführer Benjamin Netanyahu zusammenkam, war überrascht, Kameras und Mikrofone zu entdecken, die im Besprechungsraum versteckt waren. Überrascht, forderten die Senatoren Robert Menendez und

Lindsey Graham, dass sie vor jeder weiteren Diskussion entfernt werden.

Palästina

Eine Hamas-Delegation unter der Leitung von Ismail Haniyeh wurde zum zweiten Mal innerhalb von vier Monaten nach Moskau eingeladen.

Iran

Der Iran wurde beschuldigt, die Computersysteme Albanien, wo sich das globale Hauptquartier der pro-amerikanischen oppositionellen Volksmudschaheddin befindet, angegriffen zu haben. Deshalb haben die Vereinigten Staaten neue Sanktionen gegen Teheran beschlossen. Sie betreffen den Geheimdienstminister Mullah Esmail Khatib persönlich und sein Ministerium (den MOIS) als Ganzes.

Afghanistan

Khorasan, eine Daesch-(ISIS)-Einheit, zündete eine Bombe vor der russischen Botschaft in Afghanistan und tötete sechs Personen, darunter zwei russische Diplomaten. Diese Operation zielte darauf ab, die Anerkennung des Taliban-Regimes durch Moskau zu verhindern. Als Khorasan noch mit al-Kaida verbunden war, gehörte dieser Einheit der französische Pyrotechniker David Drugeon an, der laut US-Presse ein Spion des französischen Geheimdienstes war. Er war es, der die Kouachi-Brüder (Charlie-Hebdo-Angriff, 2015) und Mohammed Mehra (Anschläge von Toulouse und Montauban, 2012) trainiert hatte.

Bergkarabach

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, Russland in einem zweiten Operationsgebiet während des ukrainischen Gegenangriffs in Verlegenheit zu bringen. Das von der Türkei (einem Mitglied der NATO) unterstützte Aserbaidschan, hat daher armenische Stellungen erneut angegriffen. Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS, die von Russland

geführte Militärkoalition) entsandte sofort ihren Generalsekretär und Stabschef, um einen Waffenstillstand durchzusetzen.

Indien

Indien stellte am 9. September seinen ersten Flugzeugträger in Dienst. Bis jetzt hatte es nur einen renovierten sowjetischen Träger. Der Vikrant kostete 3 Milliarden Dollar. Er kann 30 Kampffjets tragen. Bisher hatten nur Algerien, Australien, Brasilien, China, Ägypten, Südkorea, Spanien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Japan, das Vereinigte Königreich, Russland und Thailand Flugzeugträger oder Hubschrauberträger.

Am Vorabend des SOZ-Gipfels, bei dem sich der chinesische Präsident und der indische Premierminister treffen werden, haben Indien und China ihre Truppen, die sich in Ladakh gegenseitig bedrohten, abgezogen.

Indonesien

Indonesien wird, ebenso wie Indien und China, russisches Gas kaufen, sagte Präsident Joko Widodo.

Nordkorea

Als Reaktion auf Pjöngjangs Doktrin der "Enthauptung" der Macht, die derzeit in den Vereinigten Staaten und Südkorea diskutiert wird, verabschiedete Nordkorea ein Gesetz, das eine militärische Reaktion im Falle eines Angriffs auf seinen obersten Führer vorsieht. Es genehmigt den Einsatz der Atombombe.

Äthiopien

Die Tigray-Rebellen stimmten einem Waffenstillstand zu und setzten sich an den UN-Verhandlungstisch.

Demokratische Republik Kongo

Uganda zahlte der Demokratischen Republik Kongo die erste Rate von Kriegsschäden, die vom Internationalen Gerichtshof (dem UN-

Tribunal) für den Zweiten Kongokrieg (1998-2003) festgesetzt wurde, d.h. 65 Millionen Dollar. Es verbleiben noch 255 Millionen, die über 4 Jahre zu zahlen sind.

Nigeria

Eine groß angelegte Operation wurde gegen Boko Haram im Nordosten des Landes durchgeführt. Die Rebellen warfen sich auf der Flucht in einen Fluss, wo etwa Hundert von ihnen ertranken. Der Präsident der Republik, Muhammadu Buhari, hatte in der Vergangenheit die islamische Sekte unterstützt, gegen die er heute kämpft.

Togo

Togo hat den Ausnahmezustand in seiner Grenzregion mit Burkina Faso um sechs Monate verlängert. Präsident Faure Gnassingbé versucht, die Ankunft von Dschihadisten aus der Sahelzone zu verhindern.

Mali

Mali hält 46 Soldaten der Elfenbeinküste fest. Es macht ihre Freilassung von der Auslieferung von Persönlichkeiten abhängig, die von der Elfenbeinküste geschützt werden und die die Rebellen unterstützen.

Commonwealth

Jamaika bereitet ein Referendum vor, um das Commonwealth zu verlassen. Antigua und Barbuda werden wahrscheinlich nächstes Jahr ein weiteres organisieren. Neuseeland erwägt auch ein solches.

Europäische Union

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in ihrer Rede zur Lage der Union verbindliche Maßnahmen zur Senkung des Stromverbrauchs angekündigt.

Darüber hinaus wird sie nach Kiew reisen, um mit Präsident Selenskyj die Einbeziehung der

Ukraine in den europäischen Binnenmarkt zu erörtern.

UNO

Generalsekretär António Guterres hat den Österreicher Volker Türk zum Hochkommissar für Menschenrechte vorgeschlagen. Er wurde von der Generalversammlung durch Handzeichen ernannt. Türk ist kein bekannter Politiker, er war Guterres' rechte Hand, seit er selbst Hochkommissar für Flüchtlinge war. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung und Verabschiedung des Globalen Pakts für Flüchtlinge (Global Compact on Refugees). Dieser verankert den Grundsatz der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen (zu unterscheiden von Migranten). Zuvor hatte V. Türk die Vereinten Nationen in Malaysia, im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina, der Demokratischen Republik Kongo und in Kuwait vertreten.

China hat seine Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte eingestellt und wird sie erst wieder aufnehmen, wenn der Bericht von Michelle Bachelet zurückgezogen wird, in dem China beschuldigt wird, die Uiguren zu unterdrücken.

Gesundheit

Die US Nationalen Gesundheits-Institute nennen ab jetzt "Coronaphobie" die psychische Störung, die unter allen Umständen das Tragen einer chirurgischen Maske bewirkt. Die Wirksamkeit von Masken zum Schutz vor Covid-19 wurde nie nachgewiesen, mit Ausnahme von Krankenhauspersonal, das fortgeschrittene Patienten behandelt.
<https://search.nih.gov/search?utf8=%E2%9C%93&affiliate=nih&query=Coronaphobia&commit=Search>

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, weigerte sich, die SMS zu übermitteln, die sie mit dem CEO des Pfizer-Labors ausgetauscht hat. Die von der EU-Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly unternommenen Schritte sind gescheitert. Der

Ehemann des Präsidentin, Heiko von der Leyen, wurde plötzlich Direktor von Orgenesis, einem Unternehmen, das eine zentrale Rolle in der Impfkampagne der EU spielte. Nun haben Orgenesis und Pfizer den gleichen Hauptaktionär.

Ernährung

Präsident Wladimir Putin hat gedroht, das unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Türkei mit der Ukraine erzielte Abkommen über den Export von Getreide zur Versorgung von Ländern der Dritten Welt, insbesondere afrikanischer, zu beenden. Dieses Abkommen ermöglichte die Übertragung von Weizen, der auf ukrainischen Parzellen der transnationalen Unternehmen Cargill, Dupont und Monsanto angebaut wurde, in die Türkei. Er wird dann entladen und dann von den türkischen Mühlenbetrieben in Mehl umgewandelt. Das gewonnene Mehl wurde exportiert, aber nicht in die Dritte Welt, wohin nur 2 von 87 ersten Sendungen transportiert wurden.

Das Istanbul-Abkommen, das 120 Tage gültig ist, sah vor, dass der Westen seine Sanktionen gegen die russische Landwirtschaft aufheben würde. Dies tat er jedoch nicht. Der stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko warf dem Westen Unehrllichkeit vor und kündigte an, dass es nicht verlängert werde.

Präsident Putin hat seinen französischen Amtskollegen Emmanuel Macron gebeten, die Umsetzung des Istanbul-Abkommens sicherzustellen. Letzterer versicherte ihm, dass die europäischen Sanktionen keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse oder Düngemittel betreffen.

Energie

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sagte, sie wolle die Preise für russische Energiequellen festlegen. Präsident Wladimir Putin reagierte mit der Ankündigung, dass russische Unternehmen in diesem Fall ihre

Exporte von Gas, Öl und Kohle in die Europäische Union einstellen würden.

Serbien (Nicht-EU-Mitglied) wird nach einer Vereinbarung mit Russland russisches Gas aus Ungarn (EU-Mitglied) kaufen. Die TurkStream-Gaspipeline führt durch Serbien und Ungarn.

Der Iran unterzeichnet Verträge mit allen verfügbaren Öltankern, um sein Öl zu exportieren, sobald das Atomabkommen unterzeichnet und die Sanktionen aufgehoben sind. Die Sanktionen gegen Russland haben Saudi-Arabien in die Position eines Marktschiedsrichters gebracht. Riad weigerte sich, die Preise zu senken, wie es Washington gefordert hatte. Heute sind die USA deshalb für den Iran, um Saudi-Arabien zu bestrafen. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholtz sagte jedoch, dass das Abkommen in naher Zukunft nicht unterze

Die Atomenergieorganisation (IAEO) hat bestätigt, dass der Iran ihr nicht erlaubt hatte, seine Uranversorgung zu überwachen.

Voltaire, internationale Nachrichten. ISSN in Arbeit.
Herausgeber: Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1.000 Euro, 23 rue Antigua, 45000 Orléans, Frankreich.
E-Mail: thierry.meyssan@voltairenet.org
Herausgeber: Thierry Meyssan.
46 Ausgaben pro Jahr. [Jahresabonnement: 150 Euro](#). Einzelverkauf: 5 Euro

Ergänzung der Dokumentation

Offizielle Dokumente

- [*Amis, alliés mais pas alignés. Pour des relations transatlantiques équilibrées*](#), Pascal Allizard, Hélène Conway-Mouret, André Gattolin, Sénat (France)

- [*Nucléaire et hydrogène : l'urgence d'agir*](#), Daniel Gremillet, Jean Pierre Moga & Jean Jacques Michau, Sénat (France)

- [*La singularité du métier militaire : persistances et nouveautés. pourquoi défendre un modèle de singularité ?*](#), Clément Sorbets, IRSEM (France)

- [*Les parlementaires et la politique de Défense : des médiateurs plus que des censeurs ?*](#), Julein Fragnon, IRSEM (France)

- [*Forschung gegen Fake News. Desinformation verstehen, erkennen, bekämpfen*](#), Bildung und Forschung (Deutschland)

- [*Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2021*](#) (Deutschland)

- [*Das Projekt „Gegneranalyse“ im Lichte der internationalen Beziehungen*](#), Bundestag (Deutschland)

- [*EU entry restrictions in relation to Russia's war on Ukraine*](#) (European Parliament)

- [*Economic repercussions of Russia's war on Ukraine – Weekly Digest \(#11\)*](#) (European Parliament)

- [*The death of a monarch*](#), David Torrance, House of Commons Library (UK)

- [*The Privy Council : history, functions and membership*](#), David Torrance, House of Commons Library (UK)

- [*National Strategy for Maritime Security*](#), Secretary of State for Transport (UK)

- [*The Parliament of Canada and the Francophonie*](#) (Parliament, Canada)

- [*Le Parlement du Canada et la Francophonie*](#) (Parlement, Canada)

- [*Export of Russian Gazprom turbines*](#), Parliament (Canada)

- [*L'Exportation des turbines russes de Gazprom*](#), Parlement (Canada)

- [*Religious leader engagement as an aspect of irregular warfare : the dénouement of a chaplain operational capability*](#), S.K. Moore, CANSOFCOM (Canada)

- *Future war : continuous conflict in an era of rising peer competitors*, Tony Balasevicius, CANSOFCOM (Canada)
- *The (in)visible hand : strategic sabotage case studies*, Bernd Horn, James D. Kiras & Dr. Emily Spencer, CANSOFCOM (Canada)
- *Australia's response to the Hong Kong democracy and human rights crisis*, Bernie Lai (Parliament, Australie)
- *Aid and Australia's foreign policy*, Angela Clare (Parliament, Australie)
- *Climate Change Risks to National Security*, GAO (USA)
- *U.S. Support for the War in Ukraine*, GAO (USA)
- *Priority Open Recommendations : Department of Defense*, GAO (USA)
- *Seizing Windows of Opportunity to Dismantle Kleptocracy*, USAID (USA)
- *The Future of the Joint Warfighting Headquarters : An Alternative Approach to the Joint Task Force*, SSI (USA)
- *Coercing Fluently : The Grammar of Coercion in the Twenty-first Century*, C. Anthony Pfaff, SSI (USA)
- *The Taiwan Question and China's Reunification in the New Era*, State Council (China)